

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek **Nein! zur Politik - Ja zur Hilfe!**

Mitglied im Dachverband

Initiativen
für erfolgreiche
Integration
Hamburg



Hamburg, den 18.02.2016

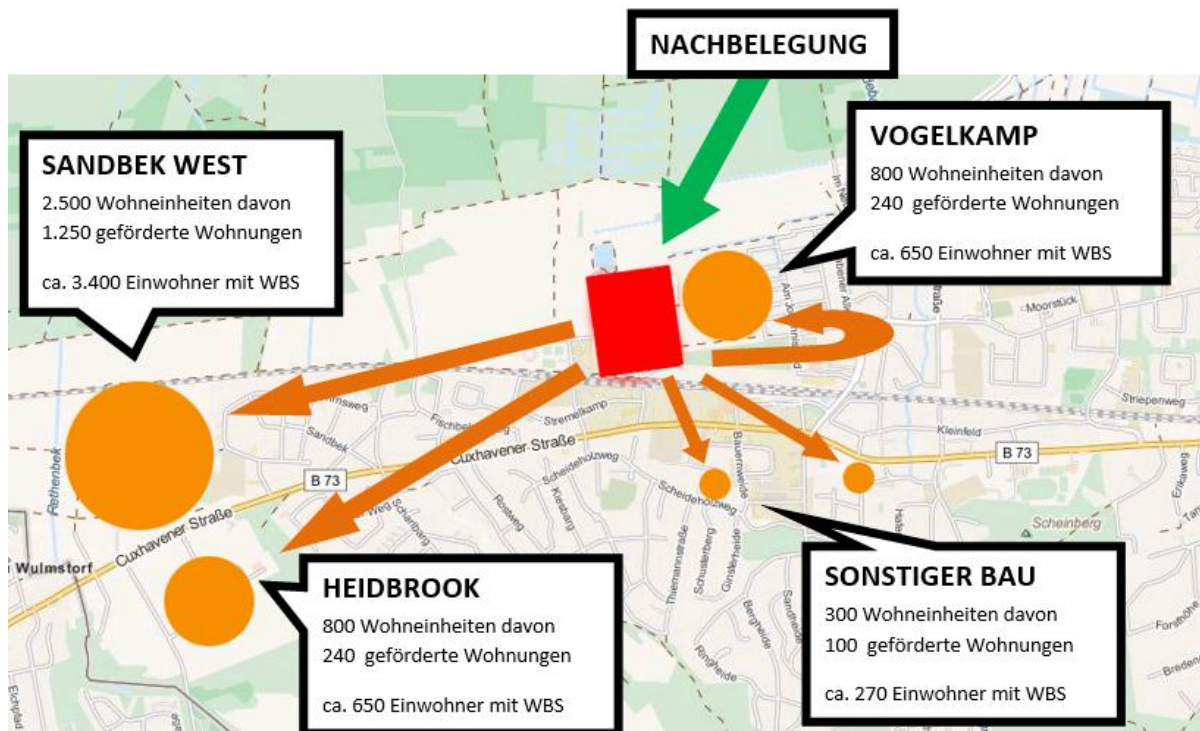
PRESSEMITTEILUNG

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek warnt vor Drehscheiben-Effekt. Zukünftige Konzentration der Flüchtlingsunterbringung auf wenige Stadtteile befürchtet.

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! warnt vor einer Fehlsteuerung zwischen Flüchtlingsunterbringung in Folgeunterkünften und sozialen Wohnungsbau in Hamburg. Eine gleichzeitige Konzentration von besonders großen Flüchtlingsunterkünften und hoher Bautätigkeit im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes sorgt für eine einseitige Nachfrage nach diesen Wohnungen durch Flüchtlinge. Durch kontinuierliche Nachbelegung der Unterkünfte wird die Nachfrage konstant hoch gehalten. Dadurch besteht die Gefahr, dass dieser Wohnraum seinem eigentlichen Zweck, dem dringend benötigten Wohnraum für Hamburger Bürger, in diesen Gebieten komplett entzogen wird. Zudem werden durch die hohen Ansiedlungszahlen im Wohnungsmarkt Anreize für reine Flüchtlingsstadtteile gesetzt, die noch mehr Menschen aus den gleichen Herkunftsländern anziehen.

Hintergrund: Die von der Freien- und Hansestadt Hamburg geplanten Großunterkünfte mit bis zu 3.700 Flüchtlingen in Neugraben-Fischbek sind als Folgeunterkünfte geplant. Damit besteht für die dort untergebrachten Flüchtlinge nur ein temporäres Wohnrecht. Ziel ist die Vermittlung in regulären Wohnraum. Die Flüchtlinge werden dabei mit einem Dringlichkeitsschein zur Wohnungssuche ausgestattet und dann prioritär in verfügbare Sozialwohnungen vermittelt. Dabei treten sie in direkte Konkurrenz mit jedem anderen Hamburger Bürger für die Wohnungen aus dem Hamburger Wohnungsbauprogramm, welches derzeit insgesamt 6.000 Neubauwohnungen im Jahr, davon 2.000 geförderte Wohnungen, vorsieht.

Konkretes Beispiel in Neugraben-Fischbek: In Neugraben-Fischbek entstehen in den nächsten 2-7 Jahren aufbauend etwa 2.000 Sozialwohnungen. Gleichzeitig sollen durchgängig im selben Stadtteil etwa 3.700 Flüchtlinge mit einem Dringlichkeitsschein auf eine Vermittlung einer Wohnung warten. Es ist es geboten, Familien, die erste Wurzeln im Ort geschlagen haben und deren Kinder Schulen in der Umgebung besuchen, auch im Ort Wohnungen zu vermitteln. Deshalb ist anzunehmen, dass das die neugebauten Sozialwohnungen fast ausschließlich mit Flüchtlingen belegt werden. Durch Nachzug von Flüchtlingen in die Folgeunterkünfte wird die Nachfrage weiterhin hoch gehalten für nahezu alle Neubauprojekte im Stadtteil. Somit kann der Stadtteil Neugraben-Fischbek in den folgenden Jahren mit bis zu 10.000 Flüchtlingen rechnen.



Als weitere Schwerpunkte in Hamburg sind Billwerder/Neuallermöhe mit dem Neubaugelbiet Oberbillwerder (bis zu 7.000 Wohnungen) sowie Billstedt und anliegende Stadtteile mit dem Programm "Stromaufwärts an Elbe und Bille" (15.000-20.000 Wohnungen) zu nennen.

Orga-Mitglied Eike Ludwig: Dieser Effekt wird zur Bildung von reinen Flüchtlingsstadtteilen führen. Diese werden sich an 3-4 Quartieren der Stadt ballen, während der Rest der Stadt von der Flüchtlingskrise kaum betroffen ist. Wir warnen daher mit aller Deutlichkeit vor der Kombination aus Großunterkünften und hoher Wohnungsbautätigkeit in einem Stadtteil. Die vom Zentralen Koordinierungsstab Flüchtlinge benannten Wirtschaftlichkeitsvorteile großer Einrichtungen werden zusätzlich dazu führen, dass nur noch Großunterkünfte vorrangig belegt und kleine Einrichtungen schnell aufgelöst werden. Dies wird diesen Effekt noch einmal verstärken.

Orga-Mitglied Karin Grotjahn: Die Chancen für Integration werden durch diese Ballungen nochmals deutlich sinken. Im Stadtplanungsausschuss der Bürgerschaft Hamburg am 18.01.2016 hat eine Mehrheit der geladenen Experten vor Ballung von Einwanderern gewarnt. Herr Krebs von der SAGA GWG nannte Siedlungen jenseits von 5.000 Flüchtlingen, Herr Buschkowsky, ehemaliger Bürgermeister von Berlin Neukölln, nannte sogar eine Zahl jenseits 1.000 Flüchtlingen für integrationsfeindlich. Wir fragen mit Nachdruck, wie dann eine Integration funktionieren soll, wenn Flüchtlinge in einem Stadtteil nahezu unter sich bleiben können. Wo dies endet, können wir bereits in Neugraben-Fischbek beobachten. Dort gibt es Kitas, in denen in den Gruppen nicht mehr Deutsch, sondern die Muttersprache der Kinder mit Migrationshintergrund gesprochen wird. Wie soll die Chance auf Teilhabe am Leben realisiert werden, wenn nicht mal Anreize für den Gebrauch der deutschen Sprache gesetzt werden? Wie soll Durchmischung möglich sein, wenn Stadtteile zu 25% von Flüchtlingen bewohnt werden und diese in der Altersgruppe von 0-30 sogar die Mehrheit der Bevölkerung stellen?

Orga-Mitglied Ute Skolinski: Wir fordern die Stadt auf, für ein faire Chancen- und Lastenverteilung aller Bewohner Hamburgs zu sorgen. Großunterkünfte sorgen dafür nicht! Diese schaffen nur einseitige Nachfragesituationen an den jeweiligen Orten. Damit verbleiben die Lasten der Integrationsarbeit auf den wenigen Bewohnern dieser Stadtteile. Die Chance für Flüchtlinge in allen Stadtteilen, am Leben, ja am Recht auf Stadt, teilzunehmen wird deutlich reduziert. Wir fordern daher eine deutlich geringere Belastung einzelner Stadtteile durch eine faire Verteilung der Flüchtlinge in der Stadt Hamburg. Zudem fordern wir für alle Wohnungsbauunternehmen ein verpflichtendes Belegungsmanagement, um eine gute Durchmischung der geförderten Wohnungen zu gewährleisten und diese Wohnungen neben den Flüchtlingen auch als dringend benötigten Wohnraum für Hamburger zur Verfügung zu stellen.

Die Bürgerinitiative hält an Ihren Forderungen fest:

1. Verbindliche Obergrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek
2. Faire Verteilung der Flüchtlinge auf alle 104 Hamburger Stadtteile
3. Dialog zwischen Bürgern und Politik zur Gestaltung der Flüchtlingsunterbringung.

Am 23.02.2016 wird der Bezirk Harburg von der BASFI im Sozialausschuss bezüglich der Unterkunft Am Aschenland II angehört. Die Bürgerinitiative ruft alle Parteien der Bezirksversammlung auf, eine Großunterkunft abzulehnen.

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe!

Pressekontakt: Jan Greve

Email: mitmachen@binf-online.de

Web: www.binf-online.de

Facebook: Bürgerinitiative Neugraben Fischbek NEIN! zur Politik - JA zur Hilfe!

Twitter: BI NeugrabenFischbek

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Großunterkunft in Neugraben-Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integration zum Ziel und lehnt Großunterkünfte als nicht integrierbar ab. Die Bürgerinitiative fordert eine Höchstgrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek und bietet damit gegenüber den Planungen für Gesamt-Hamburg eine fast doppelt so hohe Integrationsleistung an. Die Bürgerinitiative hat einen Vorschlag für eine faire Verteilung auf alle Stadtteile vorgelegt.